Zeitschrift: Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft Bern

Herausgeber: Geographische Gesellschaft Bern

Band: 61 (2003)

Artikel: Zur geopolitischen und geoökologischen Interpretation der Alpen als Brücke, Grenze und Insel

Autor: Egli, Hans-Rudolf / Messerli, Paul

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-960330

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

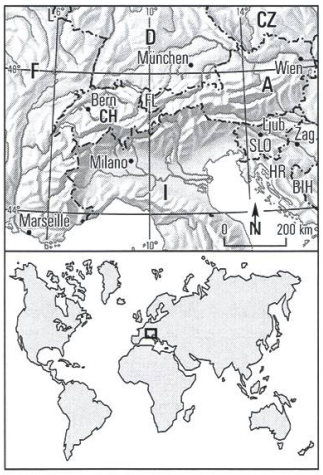
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur geopolitischen und geoökologischen Interpretation der Alpen als Brücke, Grenze und Insel



Hans-Rudolf Egli, Paul Messerli

Dieser Beitrag verfolgt das Ziel, in einer historischen Perspektive den Wandel geopolitischer Konzeptionen herauszuarbeiten, denen die Alpen im europäischen Kontext und Massstab seit dem 16. Jahrhundert unterworfen waren. Unter geopolitischer Konzeption verstehen wir dabei die Art und Weise wie die geographischen Besonderheiten der Alpen zur Einflussnahme auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse und zur territorialen Kontrolle genutzt und eingesetzt wurden. Wir unterstellen die These, dass mit den Begriffen Brücke, Grenze und Insel dieser Wandel charakterisiert werden kann, und dass dabei ein Übergang von einer geopolitischen zu einer geoökologischen Konzeption stattgefunden hat. Insbesondere wird eine Verbindung zur aktuellen Diskussion um die Alpenkonvention und ihrer Protokolle hergestellt, und speziell im Widerstand in der Schweiz gegen eine Ratifikation der Durchführungsprotokolle die Absicht gesehen, eine neue geopolitische Sonderstellung der Gebirgskantone (Alpen-Opec) unter internationalem Recht zu verhindern.

Gebirge als geopolitische Dimension und Gegenstand geopolitischer Analysen

Unter dem klassischen Verständnis der Geopolitik (Brunotte 2001/I: 30f.) als Lehre von den Wechselbeziehungen zwischen geographischen Gegebenheiten und politischen Strukturen und Prozessen bieten sich Gebirge als Arbeits- und Experimentierfeld geopolitischer Analysen geradezu an. Man kann Gebirge umgehen, man kann sie durchqueren oder überwinden, auf keinen Fall kann man sie ignorieren. Beim räumlichen Austausch von Gütern und Menschen und bei der Bildung territorialer Einheiten standen sie oft im Wege und erforderten eine Auseinandersetzung mit den jeweiligen geographischen Besonderheiten. Diese liegen am augenfälligsten darin, dass Transporte verlangsamt, durch Täler und Pässe kanalisiert und damit leichter kontrolliert werden können. Gleichzeitig versagt die Kleinkammerung des Reliefs die zentrale Kontrolle eines grösseren Territoriums. Häufig begrenzt das Gebirgsrelief die Zentralität von Siedlungen und setzt zentralistischer Staatsbildung «natürliche» Grenzen. So schlagen sich die jeweiligen Besonderheiten der Gebirgsräume in den historischen und aktuellen politischen Strukturen erkennbar nieder. Allerdings ist die geopolitische Bedeutung eines Gebirges in der Regel einem zeitlichen Wandel unterworfen, und so gilt, dass das Geographische zwar immer politisch ist, dieses aber nicht determiniert.

Für die Alpen lässt sich ein solcher Wandel der geopolitischen Funktion sehr schön nachweisen und mit den Schlüsselworten Brücke, Grenze und Insel charakterisieren. Auffallend ist, dass dieser Gebirgsraum zu keiner Zeit politisch geeint war, obschon er als geographisch-topographische Einheit im europäischen Massstab herausragt. Offensichtlich war kein lebensfähiger Staat auf dieser Grundlage zu bilden. Das Gebirgsrelief mit seiner Gliederung und Differenzierung steht jeder hegemonialen Machtentfaltung entgegen. Umgekehrt begünstigt die Kleinkammerung und Differenzierung die Herausbildung einer Vielzahl politischer und gesellschaftlicher Strukturen, die nebeneinander koexistieren, oder wo nötig und möglich kooperieren.

Bleibt man bei der Betrachtung auf der europäischen Massstabsebene, dann wird in der geschichtlichen Dimension erkennbar, dass die Alpen in verschiedenen Epochen verschiedene geopolitische Funktionen innehatten. Dieser Funktionswandel ist stark mit der Verkehrserschliessung der Alpen gekoppelt, wie aus jüngsten Darstellungen der Verkehrsgeschichte der Alpen (Debarbieux 2002; Torricelli 2002) hervorgeht. Entscheidende technische Innovationen in Wege-, Brücken-, Strassen- und Tunnelbau ermöglichten neue Verkehrsachsen, definierten die Geschwindigkeiten der Zu- und Durchfahrt, und sie öffneten den Alpenraum den ausseralpinen Bevölkerungs- und Machtzentren. Damit kommt eine zweite wichtige Dimension ins Spiel, die bei der geopolitischen Analyse des Alpenraumes nicht übersehen werden darf: das Verhältnis von innerer und äusserer politischer Kontrolle. Souveräne Teil- und Kleinstaatlichkeit interpretiert und instrumentalisiert die Alpen anders als im Aussenraum definierte Nationalstaatlichkeit. Damit ist die Umkehr des Verhältnisses von Geographie und Politik angesprochen, wonach neue staats- und gesellschaftspolitische Konzeptionen in Europa zu einer geopolitischen Neudefinition der Alpen führten.

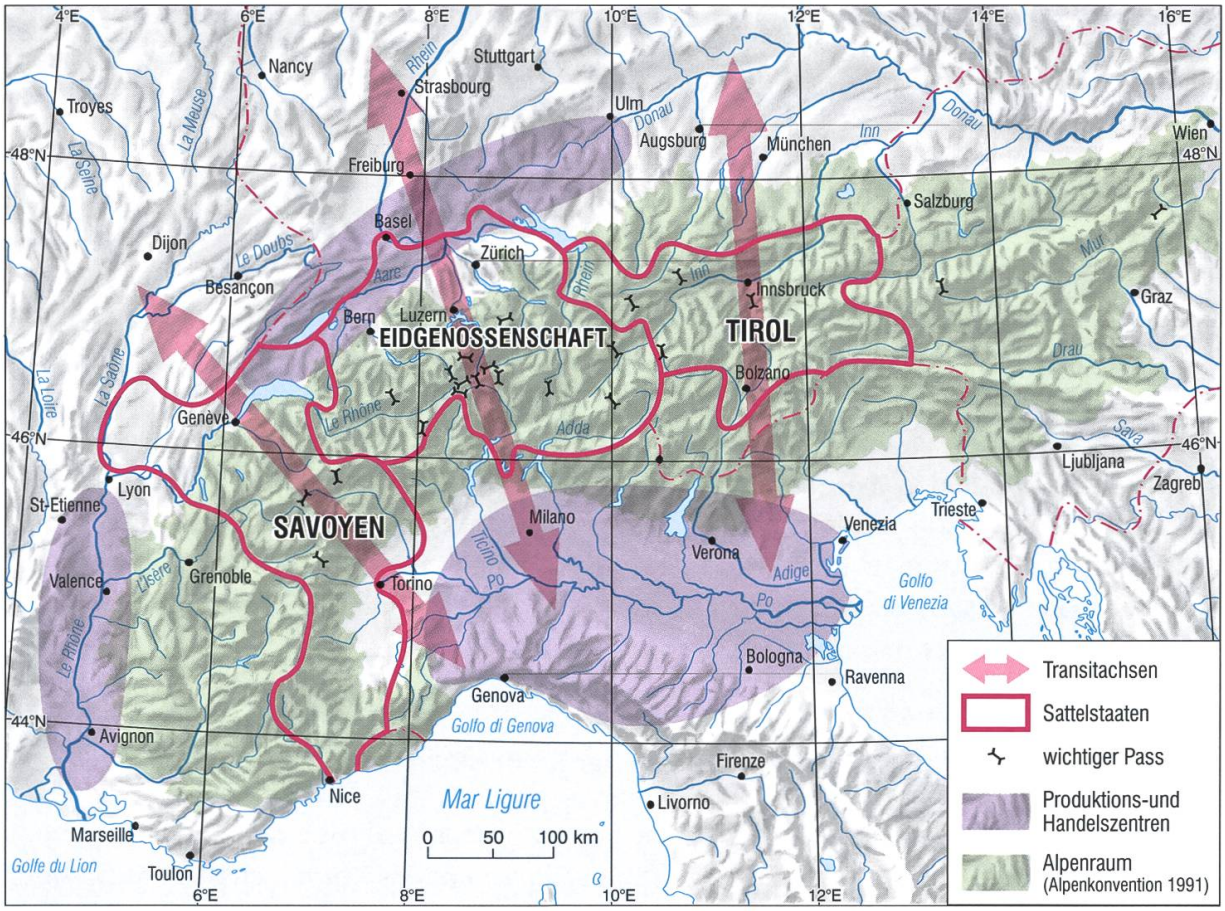
Wir folgen in unserer historischen Analyse der These, dass im Übergang von der feudalen zur nationalstaatlichen Struktur Europas die geopolitische Funktion der Alpen neu definiert wurde. Die Brückenfunktion der Sattelstaaten wurde abgelöst durch die Grenzfunktion im Rahmen der neuen Nationalstaaten. Diesen geopolitischen Funktionen als Brücke und Grenze folgte schliesslich am Ende des 20. Jahrhunderts eine geoökologische Konzeption im Rahmen der Alpenkonvention. Diese geoökologische Heraushebung der Alpen als Insel in Europa weist darauf hin, dass mit der technischen Bewältigung der Alpen als Hindernis und mit der Öffnung der nationalstaatlichen Grenzen im integrierten Europa, geopolitische durch geoökologische Konzepte abgelöst wurden. Dies trifft nicht nur für den Alpenraum zu, sondern auch für andere Grossregionen in Europa, wie z.B. für den Ostseeraum. Als jüngste Entwicklung kann nochmals am Beispiel der Alpen gezeigt werden, dass diese aussengesteuerte und -dominierte geoökologische Konzeption der Alpen zu neuen inneralpinen geopolitischen Reaktionen führen kann.

In den folgenden Kapiteln werden die drei genannten Szenen vorgestellt. Der Übergang von der geopolitischen (Brücke und Grenze) zur geoökologischen Konzeption (Insel) wird anschliessend erläutert. Im Fazit wird schliesslich die These vertreten, dass die heutige geoökologische Aussensicht der Alpen, wie sie im Rahmen der Alpenkonvention vertreten wird, durch eine neue Geopolitik der inneralpinen Körperschaften ausgenutzt wird. Dies erklärt auch den Widerstand zur Ratifikation der Durchführungsprotokolle zur Alpenkonvention, wie er gerade in der Schweiz zu beobachten ist.

Brücke: Sattelstaaten über die Alpen zur Sicherung wichtiger Handelsrouten (16.-18. Jh.)

Mit dem Aufstieg der Messen in Oberitalien, im Rhonetal und im Gebiet des Donauplateaus und des Oberrheins wuchs auch der Güteraustausch zwischen diesen Zentren. Die schweren Güter wurden auf dem Meer transportiert, die Luxusgüter zu Land. Damit erhielten die Alpenübergänge eine neue wichtige überregionale Bedeutung. Wer die Verkehrsachsen kontrollierte, kontrollierte den Handel und konnte Zölle erheben, musste aber gleichzeitig die Sicherheit der Händler und ihrer Güter garantieren. Je weiter die Kontrolle der Passwege ins Vorland reichte, desto grösser waren die Einnahmen; gleichzeitig konnte verhindert werden, dass der eigene Passübergang umgangen wurde. Die Passrouten, nicht nur die Übergänge, waren deshalb bis ins 18. Jh. das Pfand in der Hand der kleinen Alpenstaaten, mit dem Machtpolitik betrieben werden konnte, die weit über den Alpenraum hinausreichte (Fig. 1).

Die Alpen bildeten nie einen unüberwindlichen Wall. Schon frühe archäologische Funde belegen, dass sie für den menschlichen Verkehr, den Güteraustausch und für Kulturströmungen stets durchlässig waren. In historischer Zeit haben sie die lateinische und die germanische Welt, den Süden und den Norden Europas mehr verbunden als voneinander getrennt. Über Jahrhunderte hatten die Alpen mehr Brückenfunktion als Grenzfunktion (Bergier 1983: 13).



© Geographisches Institut der Universität Bern, 2003. Kartographie: A. Brodbeck

Fig. 1: Die Alpen als Brücke: Sattelstaaten über die Alpen zur Sicherung wichtiger Handelsrouten (Grenzen um 1520)

Als eigentliche Sattelstaaten mit überregionaler Bedeutung sind die Eidgenossenschaft im zentralen Alpenraum, Savoyen im Westen und das Land Tirol in den östlichen Alpen zu nennen.

Die **Eidgenossenschaft** entstand in den Alpen. Die Schweiz gilt bis heute als eigentlicher Alpenstaat, obschon sich der demographische und wirtschaftliche Kernraum seit dem 19. Jh. zunehmend im Mittelland, ausserhalb der Alpen, entwickelt hat.

Im 15. Jh. griff die Eidgenossenschaft, vor allem durch die «ennetbirgische» Politik der Urkantone, über den Gotthard und über die Oberwalliser Pässe hinüber. Die Walliser sicherten sich den südlichen Teil des Simplonpasses. Zwischen 1512 und 1564 erreichte die Schweiz so die grösste geographische Ausdehnung, die sie im Laufe ihrer Geschichte je erlangt hatte. Südlich der Alpen gehörten das Tessin und die Region um Domodossola dazu. Der Freistaat der Drei Rätischen Bünde hatte die italienischen Vogteien Bormio, Valtellina und Chiavenna annektiert. Das Eschental ging zwar schon 1515 wieder verloren, dafür erweiterte sich wenig später die Eidgenossenschaft nach Westen bis an den Genfersee, womit auch die Alpenübergänge über den Simplon und den Grossen St. Bernhard kontrolliert werden konnten.

Bis 1798 folgte eine Stabilisierung der Aussenpolitik, wodurch das Verkehrs- und Transportsystem weiter ausgebaut werden konnte. Innerhalb der Eidgenossenschaft hatte dies zur Folge, dass sich die einzelnen Regionen wirtschaftlich spezialisieren konnten. Davon profitierten vor allem die nordalpinen Gebiete, wo sich die Bauern auf die Viehwirtschaft spezialisieren und mit der Versorgung der Alpenrandstädte mit Fleisch, Butter und Käse höhere Einkommen erzielen konnten. Ein Teil der Produkte und des Viehs wurde jedoch auch über die Alpenpässe in die oberitalienischen Städte und in die Hafenstädte am Mittelmeer exportiert.

Das Wallis im Westen und Graubünden im Osten blieben zwar bis zu Beginn des 19. Jh. selbständige Gemeinderepubliken. Durch Verträge waren aber beide seit dem 15. Jh. eng mit der geopolitischen Entwicklung der Eidgenossenschaft verbunden. Durch die Opposition der Seerepublik Venedig zu Österreich und Mailand, das im 16. und 17. Jh. zu Spanien gehörte, war Venedig auf das Gebiet der Drei Bünde als Transitgebiet nach Zürich, Basel und das Rheinland angewiesen. Während des Dreissigjährigen Krieges hatte Österreich mehrmals versucht, die Drei Bünde und deren Passwege aus der Eidgenossenschaft herauszubrechen und unter seine Kontrolle zu bringen. Dem widersetzte sich aber Frankreich, das auf Bündnisse mit der Eidgenossenschaft hinwies. So spielte die Eidgenossenschaft und ihre Verbündeten auch auf europäischer Ebene, zwischen den grossen Gegenspielern Frankreich und Österreich-Spanien, eine wichtige geopolitische Rolle.

Einzelne Alpenpässe wie Mt. Cenis, Grosser St. Bernhard, Simplon, Gotthard, Splügen und Brenner waren trotz des vergleichsweise geringen Verkehrs wichtig. Überregionale Bedeutung hatte im Westen der Simplonpass als Verbindung zwischen Brig und Domodossola. Der Ausbau dieses Passes als gepflästerte Saumstrasse ist die grösste Leistung des Strassenbaus im 17. Jh. in den Alpen. Sie wurde vom Walliser Handelsherr und Politiker Kaspar Jodok von Stockalper (1609-1691) privat in Auftrag gegeben und finanziert. Von Stockalper war einer der bedeutendsten Unternehmer der damaligen

Schweiz: er unterhielt Handelsbeziehungen von Mailand bis Flandern und Nordfrankreich (GROSJEAN 1984: 46). Der grossartige Stockalperpalast in Brig, eine eigentliche Karawanserei, zeugt noch heute von der Macht und dem Reichtum dieses Mannes.

Savoyen reichte im 16. Jh. von allen Alpenstaaten am weitesten ins nördliche und südliche Vorland und war somit der ausgeprägteste Sattelstaat. Mit den Pässen Mt. Cenis und Kleinem St. Bernhard kontrollierte er auch die wichtigsten Alpenübergänge der Westalpen. Der Staat war jedoch als Pufferzone zwischen französischen Besitzungen im Norden und spanischen Besitzungen im Süden ein recht instabiles Gebilde, das seine territorialen Interessen zudem immer mehr nach Süden verlegte.

1559 erhielt Emanuel Philibert von Savoyen grosse Gebiete als Heiratsgut vom König von Frankreich. Das Herzogtum Savoyen wurde zu einer mittelgrossen Macht in Europa. Dass es aber bis ins 18. Jh. sechsmal besetzt wurde – mehrmals von Frankreich – zeigt, dass dieser Staat unsicher zwischen den eigentlichen Grossmächten Europas lag. Im Jahre 1562 verlegte der Herzog seinen Sitz von der Alpenstadt Chambéry nach Turin. Mit dem Vertrag von Utrecht wurde der Herzog von Savoyen König von Sizilien und nur fünf Jahre später auch noch König von Sardinien, nach dem das Königreich fortan benannt wurde. Savoyen existierte zwar weiterhin als Sattelstaat über die Alpen, die Staatsinteressen lagen aber vorwiegend im westlichen Mittelmeerraum. Savoyen hatte sich vom Alpenstaat zum Seestaat entwickelt, ohne allerdings wirtschaftliche Bedeutung zu erlangen. 1860 wurde Savoyen definitiv in den französischen Staat integriert, nachdem es schon unter Napoleon I zeitweise französisch war.

Seit Jahrhunderten nimmt **Tirol**, das «Land im Gebirge», eine verkehrsgeographische Vorrangstellung zwischen den Lebens- und Wirtschaftsräumen nördlich und südlich der Alpen ein, insbesondere weil mit dem Brenner (1370 m ü.M.) und dem Reschen (1504 m ü.M.) zwei sehr niedrige und wintersichere Pässe zur Verfügung stehen. Im Weiteren wies Tirol, das aus mittelalterlichen Grafschaften hervorging und seit dem 14. Jahrhundert zum habsburgischen Reich gehörte, bis zum Ende des 18. Jh. relativ stabile politische Verhältnisse auf und war nie Kriegsschauplatz. Dies waren günstige Voraussetzungen für den Transitverkehr. Als Teil Österreichs konnte das Land allerdings nur sehr beschränkt eine eigene Aussenpolitik betreiben und sich in die nördlichen und südlichen Vorländer erweitern. Erst zu Beginn des 19. Jh. erlangte Tirol eine durchgehende Verbindung südwärts bis an den Gardasee. Für die Habsburger war Tirol aber auch ein wichtiges Bindeglied im West-Ost-Konzept, wodurch die zentrale Stellung Innsbrucks noch erhöht wurde. Über den Brennerpass führte dann ab 1867 auch die erste Eisenbahnverbindung.

Im Friedensvertrag von 1919 wurde die Einheit des Sattelstaates zerschlagen, indem die neue Grenze gegenüber Italien längs der Hauptwasserscheide und auf die Pässe verlegt wurde.

Grundsätzlich darf der Verkehrsfluss über die Alpen vor 1850 nicht mit demjenigen nach dem Bau der Eisenbahnlinien verglichen werden. Vom Brenner ist jedoch bekannt, dass um 1600 bereits rund 5000 Tonnen Güter pro Jahr über den Pass transportiert wurden (LINDGREN 1986: 178). Im Jahr 1734 überquerten rund 27'000 Wagenpferde und 9'000 Saumpferde den Pass, also etwa 100 Pferde pro Tag. Vom Gotthardpass ist jedoch bekannt, dass dieser um 1800 nur von etwa 1000 Personen jährlich überquert wurde

(BERTSCHI 1985: 251), was allerdings nicht erstaunt, wenn man aus einem Bericht des Engländers Greville vernimmt, dass er 1775 für die Reise von Altdorf über den Gotthard nach Magadino im Tessin mit der Kutsche sieben Tage benötigte, wobei er auf die Unterstützung von 78 Männern angewiesen war, die die Kutsche über grössere Strecken zerlegt tragen mussten (GROSJEAN 1984: 48). Erst Napoleon baute aus militärischen und geopolitischen Gründen neue Passstrassen mit geringer Steigung: die neue Simplonstrasse (1801-1810) und über den Mt. Cenis-Pass (1803-1810).

Die Brückenfunktion wurde bis heute nie von einem einzigen Staat erfüllt, weil sich innerhalb der Alpen mehr oder weniger unabhängige Staaten aus reichsfreien Talgemeinden entwickeln konnten (PEYER 1980: 174ff.). So existierten um 1500 im Alpenraum etwa 18 grössere, formell selbständige oder abhängige Herrschaftsgebiete (MATHIEU 1998: 19ff.). Die Mehrzahl dieser Territorien hatte jedoch vorwiegend regionale Brückenfunktion, indem sie nur inneralpine Transitabschnitte kontrollierten.

Die wichtigste machtpolitische Funktion hatten die Alpenübergänge für die eidgenössischen Orte, die in Oberitalien eine zentrale Rolle spielen wollten, sich aber nach der Niederlage bei Marignano 1515 zurückziehen mussten. Savoyen als ausgeprägtester Sattelstaat lag abseits der grossen europäischen Verkehrsströme und wurde von Frankreich bedrängt. Und Tirol mit den wichtigsten Übergängen in den Ostalpen war ins österreichische Reich eingebunden und konnte deshalb keine selbständige Politik betreiben.

Zu keiner Zeit konnte ein einzelner Alpenstaat den gesamten Transitverkehr kontrollieren. Den Alpen als Ganzes kam jedoch eine wichtige geopolitische Funktion als Brücke zwischen den bedeutenden europäischen Wirtschaftsräumen zu.

Grenze: Die Alpen als sichere Aussengrenze der heranwachsenden Nationalstaaten seit 1850

Ab 1850 schlossen sich die teilweise sehr heterogenen europäischen Staatenbündnisse zu Nationalstaaten mit scharf umrissenen Grenzen zusammen. Und diese Grenzen wurden auf die Alpenkämme verlegt. Die Hauptstädte Paris, Berlin und Rom waren weit vom Alpenraum entfernt. Bereits am Ende des 19. Jh. genügten sich die Nationalstaaten nicht mehr und sie drängten nach Aussereuropa. Die Alpen rückten damit noch weiter aus dem Blickfeld (Fig. 2).

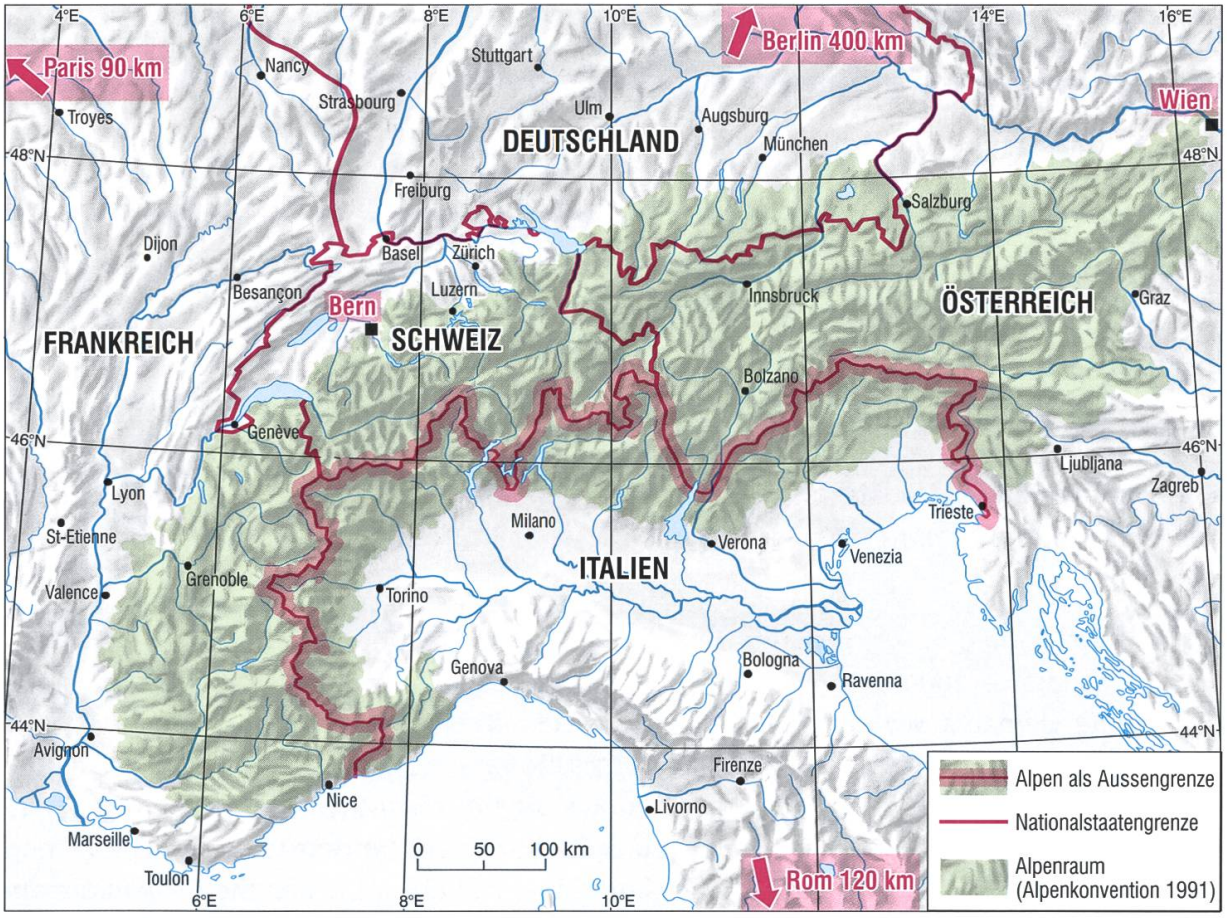
Zur Zeit Napoleons erfuhr Europa und damit auch der Alpenraum radikale politische und territoriale Veränderungen, die jedoch nach dem Sturz des Kaisers weitgehend wieder rückgängig gemacht wurden. Die Parole «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» und die Ideen des Liberalismus und des Nationalismus waren zwar durch die französische Revolution verbreitet worden, konnten jedoch bis um die Mitte des 19. Jh. von den Machthabern des nachnapoleonischen Europas nochmals unterdrückt werden. In der 2. Hälfte des 19. Jh. kam dann aber eine Generation von europäischen Staatsmännern an die Macht, die die alte Ordnung nicht länger aufrecht halten konnten und wollten. Auch die Expansion von Industrie und Handel gab den Bestrebungen nach nationaler Einheit

neuen Auftrieb. Innere Grenzen wurden abgebaut, äussere wurden verstärkt und erhielten im Rahmen der merkantilistischen Wirtschaftspolitik neue Bedeutung. Dabei wurden zur Sicherung der Aussengrenzen und auf Grund eines neuen geopolitischen Verständnisses die Staatsgrenzen vielerorts auf die Gebirgskämme und Wasserscheiden verlegt. Die Alpen wurden zum Grenzraum im nationalstaatlichen Europa.

Südlich der Alpen entstand ab 1859 aus dem Zusammenschluss der oberitalienischen Herrschaftsgebiete um Piemont und durch den Anschluss Unteritaliens bis 1861 das Königreich **Italien**. Im gleichen Jahr wählte das italienische Parlament Rom als Hauptstadt, womit die Südalpen zur Peripherie des neuen Staates wurden. Nachdem 1866 Venetien von Österreich an Italien überging und nach der Besetzung des Kirchenstaates 1870 war die gesamte Halbinsel zum Nationalstaat vereinigt.

Nördlich der Alpen versuchte Bismarck ab 1864 Österreich aus **Deutschland** zu verdrängen, was mit dem Sieg bei Königgrätz 1866 weitgehend gelang. In den folgenden Jahren kam es zum Anschluss der bis dahin mit Österreich verbündeten süddeutschen Staaten an Norddeutschland. Das Machtzentrum lag in Berlin.

Österreich als beherrschende Macht im östlichen Alpenraum wurde in der Folge zur Donaumonarchie, deren Interesse vor allem im Südosten Europas lag. Nach dem Verlust Venetiens ging nach dem ersten Weltkrieg auch noch das Südtirol an Italien über. Durch die Verlegung der Staatsgrenze auf den Alpenkamm verlor Tirol seine Funktion als Sattelstaat endgültig.



© Geographisches Institut der Universität Bern, 2003. Kartographie: A. Brodbeck

Fig. 2: Die Alpen als sichere Aussengrenze der jungen Nationalstaaten (Grenzen 1872)

Im Westen existierte **Frankreich** zwar schon seit dem Mittelalter als König- oder Kaiserreich, durch die Existenz Savoyens war jedoch der französische Einfluss auf die Alpen sehr beschränkt. Durch die Aufteilung Savoyens zwischen Frankreich und Italien im Jahre 1860 verschwand dieser «Brückenstaat» und die neue Staatsgrenze wurde auf den Westalpenkamm verlegt. Auch dieser Alpenteil lag sehr weit vom Machtzentrum Paris entfernt. Zudem lag Frankreich im Streit mit Italien, so dass auch keine Interessen an Beziehungen über den Alpenkamm hinweg bestanden.

Im Zentrum dieser neuen Nationalstaaten existierte die **Schweiz** als einziger Sattelstaat weiter. Durch die Peripherisierung der benachbarten Alpenregionen änderte sich aber auch die geopolitische Lage der Schweiz grundlegend. Die grossen Zentren waren viel weiter entfernt und die transalpinen Verkehrsverbindungen verloren trotz absoluter Verkehrszunahme relativ an Bedeutung, da der Seeverkehr viel wichtiger wurde. Zudem hatten sich die Machtverhältnisse innerhalb der Schweiz nach dem Sonderbundskrieg 1847 und der Gründung des Bundesstaates wesentlich verändert, indem die Stadtkantone im Mittelland politisch und wirtschaftlich die Führungsrolle übernahmen.

Geopolitisch nahm das Interesse der europäischen Grossstaaten in der zweiten Hälfte des 19. Jh. nach überseeischen Gebieten stark zu, und es kam zum Wettlauf um Kolonien. Wichtige Voraussetzung dieser globalen Erschliessung war der technische Fortschritt beim Transport von Massengütern durch Dampfschiffe und die Eisenbahn. Der Seeverkehr gewann gegenüber dem Landverkehr enorm an Bedeutung. Zwar wurden innerhalb der Nationalstaaten auch die Eisenbahnnetze stark ausgebaut, die internationalen Verbindungen entstanden aber erst relativ spät. Dabei dürfte auch die gegen Ende der 1870er Jahre von den meisten kontinentalen Staaten wieder verstärkte Schutzzollpolitik eine Rolle gespielt haben.

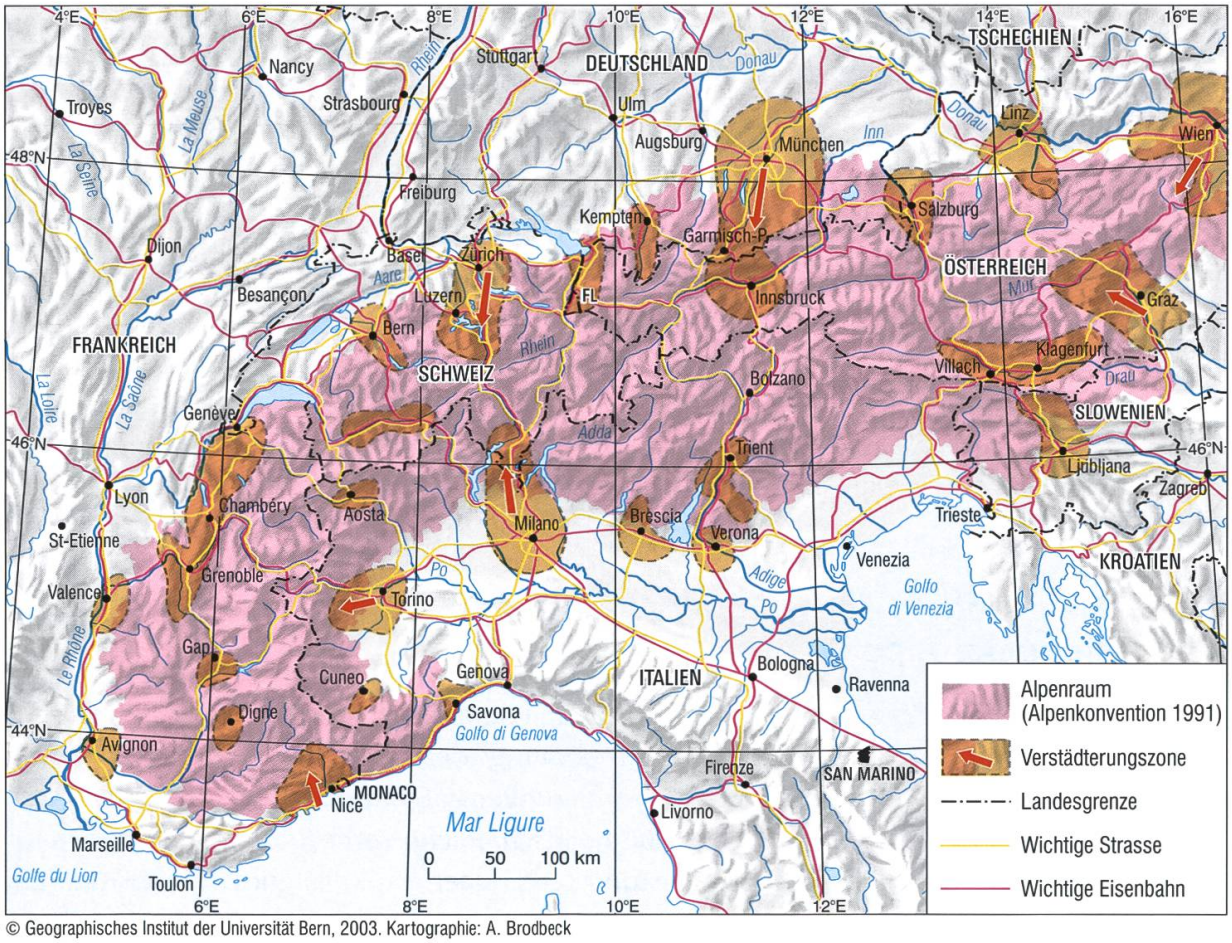
In dieser Epoche wendeten sich die geopolitischen Interessen der jungen Nationalstaaten von den Alpen ab, was zur Verlegung der Staatsgrenzen auf die Alpenkämme und Wasserscheiden als natürlich gesicherte Aussengrenzen führte, die nur in den beiden Weltkriegen wieder eine strategische Bedeutung erhielten. Diese Grenzlage des Alpenraumes und die relativ späte Erschliessung mit der Eisenbahn hat dann auch die weitere wirtschaftliche Entwicklung gehemmt. Mit dem Bedeutungsverlust der nationalen Grenzen in der 2. Hälfte des 20. Jh. verloren auch die Alpen ihre Funktion als Grenze. Dies machte den Blick frei für eine neue Sicht auf die Alpen.

Insel: Die geoökologische Gegenposition zur aktuellen Verinselung der Alpen

Mit der Bezeichnung der Alpen als Insel kommt im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ein neues Konzept ins Spiel, das einer Wahrnehmung des Alpenraumes entspricht, die wesentliche wirtschaftliche und politische Veränderungen in Europa voraussetzt. Sichere Aussengrenzen, fortschreitende Arbeitsteilung und wirtschaftliche Verflechtungen in einer Phase des beispielslosen wirtschaftlichen Wachstums und einer explodierenden Mobilität von Gütern und Personen schufen Bedingungen, die zu einer neuen Wahrnehmung und Bewertung der Alpen, aber auch zu neuen Nutzungsansprüchen an den Alpenraum in Europa führten.

Während also die Brücken- und Grenzfunktion der Alpen an Bedeutung verloren haben, werden die Alpen als Insel- und Dachgarten Europas mit vorwiegend geoökologischen Argumenten rechtsverbindlich herausgehoben. Wie dieses neue Bild der Alpen entsteht, welche Interessenkonstellationen zwischen Innen und Aussen die Umsetzung dieses Leitbildes erschweren, und welche Schlüsse aus einer politökonomischen Analyse gezogen werden können, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen (Fig. 3).

Im Kontext der neuentstehenden Umweltbewegung Mitte der 1970er Jahre wurden die Probleme des Alpenraumes zum ersten Mal auf der europäischen Ebene wahrgenommen. In zahlreichen internationalen Tagungen und Kongressen forderte man eine gemeinsame «Europäische Raumordnungspolitik» für den gesamten Alpenraum (BÄTZING/MESSERLI 1991). Die politische Umsetzung dieser Idee scheiterte allerdings bereits im Anfangsstadium. Angesichts der wachsenden Umweltprobleme in den Alpen, deren Ausmass nationale Lösungen weit überstieg, brachte die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA 1986 die Idee einer Alpenkonvention als staatsübergreifendes Umweltschutzinstrument in die Diskussion ein. Anfänglich war man sich uneinig, ob eine ausschliesslich schutzorientierte Alpen-Schutzkonvention oder eine Alpenkonvention erarbeitet werden sollte, die das umweltverträgliche Wirtschaften und Handeln ins Zentrum stellte. Die Idee wurde offiziell erstmals von der europäischen Umweltministerkonferenz 1989 in Berchtesgaden aufgegriffen. Obschon in der Folge immer eine Alpenkonvention im Vordergrund stand (BÄTZING 1994), blieb in den folgenden Jahren der Erarbeitung der



© Geographisches Institut der Universität Bern, 2003. Kartographie: A. Brodbeck

Fig. 3: Die Alpen als Insel – die geoökologische Gegenposition zur aktuellen Verinselung der Alpen

Konvention und ihrer Protokolle der Makel haften, dass inhaltliche Absicht und institutionelle Verankerung nicht übereinstimmten. Das Dossier blieb in den Händen der Umweltminister, was lange den Argwohn schürte, die Alpen sollten unter eine umfassende Schutzkonzeption gestellt werden. BÄTZING (2002) kommt zum Schluss, dass der späte Einbezug der entwicklungspolitischen Träger und der Vertreter der Alpenbevölkerung die bis heute bestehenden Widerstände gegen dieses Vertragswerk erklären.

Entscheidend für unsere Betrachtung ist nun aber die Tatsache, dass der Alpenraum durch diesen Staatsvertrag einen eigenen Rechtsstatus erhält, der auch von der Europäischen Union anerkannt wird. Die gemeinsame Problemwahrnehmung in den Bereichen Verkehr, Tourismus, Siedlungsentwicklung, Raumplanung und Naturschutz und die Vereinbarung gemeinsamer Standards und Normen heben den Alpenraum als geoökologische Insel rechtsverbindlich aus Europa heraus. Diese Konzeption richtet sich gegen eine Verinselung der Alpen in Wohlstandsinseln städtischer Agglomerationen und touristischer Destinationen einerseits und Abwanderungsgebieten andererseits (BÄTZING 2002; PERLIK et al. 2001). Sie richtet sich auch gegen die zunehmende Vereinnahmung des Alpenrandes und der erschlossenen Freizeit- und Erholungsgebiete durch die ausseralpinen Metropolen nördlich und südlich der Alpen, und sie anerkennt auf europäischer Ebene die wichtigen Schutz-, Erholungs- und Ressourcenfunktionen des Alpenraumes.

Die Interessenkoalitionen um die Entstehung dieses integralen Vertragswerkes sind nun aber erstens zeitlich nicht stabil und zweitens immer wieder durch Versuche gekennzeichnet, diese «neue Sichtweise der Alpen» dafür zu benutzen, aus der anerkannten geoökologischen Sonderstellung der Alpen in Europa geopolitisch Kapital zu schlagen (MESSERLI/PERLIK 1997). Eine umfassende politökonomische Analyse der langjährigen Aushandlungsprozesse wäre hier sicher angezeigt und höchst interessant. Sie müsste allerdings vergleichend die föderalistischen und die zentralistischen Alpenländer einbeziehen. In seinem umfassenden Bericht zu einem zusätzlichen Protokoll «Bevölkerung und Kultur» geht BÄTZING (2002) ansatzweise auf dieses Anliegen ein.

Hier soll speziell das schweizerische Verhalten analysiert werden, weil sehr früh von den Schweizer Bergkantonen Widerstand gegen die Alpenkonvention angemeldet wurde. Nachdem nach langem Ringen 1999 die Konvention ratifiziert werden konnte, stehen wir zu Beginn des Jahres 2003 vor dem Scheitern der Ratifikation der Durchführungsprotokolle, allerdings aufgrund des Widerstandes von einer ganz anderen Seite.

Zu Beginn leisteten die Gebirgskantone Widerstand, weil sie die einseitige Auferlegung von Schutzzielen und –massnahmen befürchteten und den Entwicklungsspielraum eingeschränkt sahen. Dieser Widerstand wich mit der Anpassung und Erweiterung der Protokolle und der Zusage des Parlamentes, die Zustimmung mit höheren Wasserzinsen für die Elektrizitätsgewinnung abzugelten. Nachdem inzwischen die Konvention ratifiziert wurde, sind es heute die grossen Wirtschaftsverbände, die Widerstand gegen die Ratifizierung der Protokolle leisten. Die Protokolltexte seien zu programmatisch und zu wenig konkret, lautet das Hauptargument. Man vermutet den Wolf im Schafpelz, erstens weil durch diesen Staatsvertrag einklagbares internationales Recht geschaffen und damit nationales Recht gebrochen wird, und zweitens erfolgt die Auslegung und Interpretation des einmal geschaffenen Rechtes autonom und ohne weiteren Einfluss

parlamentarischer Mehrheiten. Das kann bedeuten, dass sich Schutz-, Nutzungs- oder Abgeltungsnormen, die in den Protokollen z.T. nur vage umschrieben sind, ausserhalb des nationalen Rechtes durchsetzen können. Drittens darf nicht übersehen werden, dass die Alpengebietskörperschaften im Rahmen der Alpenkonvention insgesamt ein politisches Gewicht in Europa erhalten, das in jeweiligen nationalen Kontexten ausgespielt werden kann. Es bleibt offen, ob die Gebirgskantone diese Chance gewittert haben, auf jeden Fall richtet sich heute der Widerstand gegen eine mögliche Alpen-Opec.

Es wäre reizvoll, diese Analyse auszuweiten und den oben erwähnten Ländervergleich systematisch anzugehen. Aus dem Fall Schweiz lässt sich immerhin die These formulieren, dass die geoökologische Heraushebung der Alpen in Europa durch die Alpenkonvention für die Alpenkörperschaften Voraussetzungen schafft, zu ihrer eigenen Interessenwahrung geopolitische Strategien einzusetzen.

Die Alpen, ein geopolitischer Sonder- und Lehrfall

Die Frage ist erlaubt, ob dieser Artikel mehr als Wortspiel mit den drei Schlüsselbegriffen des Leitthemas des 54. Deutschen Geographentages «Alpenwelt – Gebirgswelten: Inseln, Brücken, Grenzen» denn als ernsthafte Analyse zu verstehen ist. Der Versuch, die beiden Ansprüche zu kombinieren, führt nun zu einem doppelten Ergebnis: Es lässt sich eine klare Abfolge dominanter geopolitischer Funktionen der Alpen nachweisen, die sich aus der Sonderstellung der Alpen als Lebens- und Wirtschaftsraum in Europa erklären lässt. Gleichzeitig liefert diese Analyse ein Lehrbeispiel für die Gültigkeit einer zentralen These der modernen politischen Geographie, wonach alles Geographische immer auch politisch ist und umgekehrt.

Warum sind die Alpen als geopolitischer Sonderfall zu bezeichnen? Nicht nur aufgrund der charakteristischen Abfolge der geopolitischen Funktionen wie sie in Fig. 4 zusammengefasst sind, sondern vor allem aufgrund der Tatsache, dass diese Abfolge mit der Sonderstellung der Alpen im kontinentalen Europa zusammenhängt. Drei Elemente charakterisieren diese Sonderstellung: Die Lage der Alpen als Hindernis in der kürzesten Verbindung zwischen Nord- und Südeuropa, die frühe Besiedlung der Alpen (Alpen als Altsiedelraum Europas) und schliesslich die fast symmetrische Anordnung wichtiger europäischer Wirtschafts- und Kulturzentren um den Alpenbogen herum. So stehen die Alpen früh in der Geschichte im verkehrs- und machtpolitischen Spannungsfeld dieser ausseralpinen Zentren, und die autochthone Bevölkerung versteht es, ihre strategische Position geopolitisch zu nutzen (Brückenfunktion). Mit der systematischen Verlagerung der Verkehrsströme zu den Küsten und später der Machtzentren weg von den Alpen, werden sie Grenzraum in Europa zur Sicherung der nationalen Aussengrenzen. Im jüngsten Integrationsprozess Europas schliesslich rücken die lange wirtschaftlich und politisch marginalisierten Alpen wieder ins Zentrum Europas. Diesmal als geoökologischer Sonderfall, für den eine eigene Schutz- und Entwicklungspolitik zu formulieren ist.

Die dargestellte Konstellation von Lage- und historischen Ausgangsbedingungen, kombiniert mit der politischen Entwicklung in Europa dürfte weltweit einmalig sein und damit den geopolitischen Sonderfall «legitimieren». Dieser Sonderfall lässt sich schliesslich auch daraus begründen, dass die typischen geopolitischen Konfliktfälle, wie wir sie aus vielen Gebirgsräumen der Erde, insbesondere der Dritten Welt heute kennen, z.T. ausgeblieben, oder nie in dieser Vehemenz aufgetreten sind. Dort beruhen diese Konflikte meistens auf externer Ressourcenkontrolle und Armut bedingter Umweltzerstörung sowie der Migration zu den letzten verfügbaren Gebirgs-Ressourcen (LIBISZEWSKI/BÄCHLER 1997). Der Konfliktpunkt der externen Ressourcenkontrolle gewinnt zwar im Zusammenhang mit der Alpenkonvention wieder an Bedeutung.

Das Lehrbeispiel Alpen gibt uns aber auch eine eindrückliche Demonstration der bekannten These (KNOX/MARSTON 2002: 446), wonach alles Geographische stets politisch ist und alles Politische stets geographische Konsequenzen hat. Bezogen auf die drei Stereotypen Brücken – Grenzen – Insel wird klar, dass die Sattelstaaten mit Hilfe der geographischen Gegebenheiten (handels-) politisch aktiv wurden. Im Falle des Grenzraumes Alpen verkehren sich die Verhältnisse, denn hier ist es die merkantilistische Politik der jungen Nationalstaaten, die die Alpen als sichere Aussengrenze benutzen und damit den

Geopolitische Funktion Alpen als...	ELEMENTE			Geopolitische Strategie
	Interessenlage und territorialer Anspruch	Politische Akteure	Verhältnis von innerer : äusserer territorialer Kontrolle	
Brücke (vor 1800)	Kanalisieren und Kontrollieren des Handelsverkehrs über die Alpen	autonome Gebietskörperschaften (CH); territorial integrierte Herrschaftsgebiete	vorwiegend innere Kontrolle	Beherrschung wichtiger Alpenübergänge und Handelsrouten
Grenze (19. Jh.)	Natürliche Sicherung der Aussengrenzen der neuen Territorialstaaten in Europa	Europäische Nationalstaaten mit Alpenanteil	nationalstaatliche äussere Kontrolle mit Teilautonomien	Sicherung nationalstaatlicher Aussengrenzen
Insel (Ende 20. Jh.)	Schutz und nachhaltige Nutzung einer geoökologischen Grossregion in Europa	acht Alpenländer und die EU	Schaffung eines alpenweiten internationalen Rechtsraumes mit eigener Kontrollinstanz	Geoökologische Heraushebung der Alpen als europäischer Erholungs- und Ressourcenraum

Fig. 4: Die geopolitischen Funktionen der Alpen in Europa (16. bis 20. Jh.)

Alpenraum peripherisieren und marginalisieren. Und schliesslich kann mit der Inselfunktion in der geoökologischen Neukonzeption gleich die Doppelwirkung nachgewiesen werden. Die Politik (Alpenkonvention) führt zur geoökologischen Insel Alpen, was wiederum Anlass zur (geo-)politischen Instrumentalisierung dieser Sonderstellung in Europa gibt.

Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass die Brücken- und Grenzfunktion in ihrer historischen Bedeutung in die Gegenwart oder Zukunft zurückkehren, so zeigt sich aufgrund der jüngsten Entwicklungen, dass die weitgehend aus den ausseralpinen Zentren Europas heraus definierte geoökologische Inselfunktion der Alpen zu geopolitischen Reaktionen der Alpenbevölkerung führen kann. Wie der politische Diskurs um die Alpenkonvention in der Schweiz erkennen lässt, stehen dann die hochwertigen ökologischen Ressourcen des Alpenraumes als Pfand in der Hand für entsprechende Abgeltungen im Zentrum der Auseinandersetzung.

Literatur

BÄTZING, W., MESSERLI, P. (Hrsg.) 1991: Die Alpen im Europa der neunziger Jahre. Geographica Bernensia P22. Bern.

BÄTZING, W. 1994: Die Alpenkonvention – ein internationales Vertragswerk für eine nachhaltige Alpenentwicklung auf dem mühevollen Weg der politischen Realisierung. In: Franz, H., (Hrsg): Die Gefährdung und der Schutz der Alpen. Veröffentlichung der Kommission für Humanökologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, Band 5: 187-208.

BÄTZING, W. 2002: Ökologische und sozioökonomische Anforderungen an das Schwerpunktthema der Alpenkonvention «Bevölkerung und Kultur». Umweltbundesamt Berlin.

BERGIER, J.-F. 1983: Die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Zürich, Köln.

BERTSCHI, H.-J. 1985: Der alpenquerende Verkehr, dargestellt am Ausbau einer neuen Alpentransversale durch die Schweiz. Bern.

BRUNOTTE, E. et al. (Hrsg.) 2001f.: Lexikon der Geographie in vier Bänden. Heidelberg/Berlin.

BUNDI, M. 1991: Über die Bünderpässe nach Venedig. Schweizer Hoteljournal 1991, (1), 36-38.

DEBARBIEUX, B. 2002: La traverse des Alpes: Une histoire d'échelles et d'épousailles et de divorces. Revue de Géographie alpine No. 3: 11-24.

GROSJEAN, G. 1978: Die Schweiz: Geopolitische Dynamik und Verkehr. Bern.

KNOX, R.L., MARSTON, S.A. 2002: Humangeographie. Spectrum, Heidelberg-Berlin, 446.

LIBISZEWSKI, S., BÄCHLER, G., 1997: Conflicts in mountain areas – a predicament for sustainable development. In: Messerli B. and Ives J.D. (eds.), Mountains of the world: 103–130. Parthenon, New York + London.

LINDGREN, U. 1986: Alpenübergänge von Bayern nach Italien 1500-1850. München.

MATHIEU, J. 1998: Geschichte der Alpen 1500-1900. Wien; Köln; Weimar.

MESSERLI, P., PERLIK, M. 1997: Eine differenzierte Entwicklungspolitik für den Alpenraum in Europa. In: Ehlers H. (Hrsg.), Deutschland und Europa. Historische, politische und geographische Aspekte. 287–302. Vert. Dümmlers Verlag, Bonn.

MÖSL, T.; STUMREICH, J. 1999: Schienen- und Strassenverkehr. In: Tirol-Atlas: Begleittexte XIV. Innsbruck.

PERLIK, M., MESSERLI, P., BÄTZING W., 2001: Towns in the alps. Urbanization processes, economic structure, and demarcation of European functional urban areas in the alps. Mountain Research and Development, Vol. 21, No. 3: 243-252.

PEYER, H.C. 1980: Die Entstehung der Eidgenossenschaft. In: Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. 1. Zürich, 1980, 161-238.

TORRICELLI, G.P. 2002: Traversées alpines, ville et territoire: Le paradoxe de la vitesse. Revue de Géographie alpine No. 3: 25-36.

Adresse der Autoren

Prof. Dr. Hans-Rudolf Egli, Prof. Dr. Paul Messerli, Geographisches Institut der Universität Bern, Hallerstrasse 12, CH-3012 Bern